

Inhalt

| | |
|---|---|
| I. Beihilfefähigkeit von Aufwendungen im Basistarif | 1 |
| 1. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen von Beihilfeberechtigten, die im Basistarif versichert sind | 1 |
| 2. Zulässigkeit der beihilfefähigen Obergrenzen bei Hörgeräten | 1 |
| 3. Zulässigkeit der Nutzung von Gutachten aus dem Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung bei der Bewertung der medizinischen Notwendigkeit im Sinn des Beihilferechts | 2 |
| 4. Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung | 2 |
| II. Neues auf Rehmnetz | 3 |
| III. Beamtenblog | 3 |

I. Beihilfefähigkeit von Aufwendungen im Basistarif

von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

1. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen von Beihilfeberechtigten, die im Basistarif versichert sind

Der Bundesgesetzgeber hat seit 2000 im Rahmen mehrerer Gesetzesänderungen die privaten Krankenversicherungsunternehmen verpflichtet, eine Versicherung zunächst im sog. Standardtarif, heute im sog. Basistarif anzubieten. Ärztliche und zahnärztliche Vergütungen werden zwar auch hier nach den jeweiligen amtlichen Gebührenordnungen liquidiert, allerdings unter Anwendung abgesenkter Steigerungsfaktoren. Diese abgesenkten Steigerungsfaktoren wurden in der Vergangenheit im Rahmen der Beihilfefestsetzung der Bewertung der Angemessenheit zugrunde gelegt.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in den Urteilen vom 17.04.2014, 5 C 16.13 und 5 C 40.13, im Fall von beihilfeberechtigten Versorgungsempfängern des Bundes sowie des Landes Berlin festgestellt, dass im Rahmen der Beihilfefestsetzung eine Begrenzung der Beihilfefähigkeit auf die vom Bundesgesetzgeber eingeschränkten Sätze gegen den Gleichheitssatz verstoße. Bereits aufgrund der entsprechenden Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgericht hat das Bundesministerium des Innern im Rundschreiben vom 23. April 2014, 0 6 – 30111 /9#2, empfohlen, bis zum Vorliegen der Entscheidungsgründe in alle vergleichbaren anhängigen Verfahren und anstehenden Festsetzungen von einer Entscheidung abzusehen, d.h. ruhend zu stellen. Insbesondere gleichartige gerichtliche Entscheidungen sollten so bis zur Vorlage der Entscheidungsgründe vermieden werden (vgl. Ausgabe Nr. 7 vom Juli 2014).

Nach der Auswertung der Entscheidungsgründe hat das Bundesministerium des Innern mit Rundschreiben vom 19.06.2014, D 6-30111 /9#2, bekanntgegeben, dass die Vorgaben des § 6 Abs. 5 BBhV für Beihilfeberechtigte und deren berücksichtigungsfähige Angehörige, die in einem beihilfekonformen Basistarif nach § 12 Abs. 1a des Versicherungsaufsichtsgesetzes bzw. in einem beihilfekonformen Standardtarif nach § 257 Abs. 2a oder nach § 257 Abs. 2a i.V.m. § 315 SGB V versichert sind, nicht mehr anzuwenden sind. Es ist davon auszugehen, dass im Rahmen einer künftigen Änderung der BBhV eine formelle Aufhebung der Vorgaben des § 6 Abs. 5 BBhV erfolgen wird.

Ferner ist davon auszugehen, dass auch die Länder inhaltlich vergleichbar dem Bund verfahren werden.

2. Zulässigkeit der beihilfefähigen Obergrenzen bei Hörgeräten

Aufwendungen für Hörgeräte sind nach den jeweiligen beihilferechtlichen Vorgaben des Bundes und der Länder nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen beihilfefähig. Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Urteil vom 2.4.2014, 5 C 40.12, im Fall eines Beihilfeberechtigten des Bundes über die rechtliche Zulässigkeit dieser Begrenzung der Beihilfefähigkeit durch einen Höchstbetrag bei ärztlich verordneten Hörgeräten zu entscheiden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Begrenzung der Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für die Anschaffung von Hörgeräten auf einen Höchstbetrag bestätigt. Die Anwendung dieser Regelungen sei sowohl mit dem

allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG als auch mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn vereinbar.

3. Zulässigkeit der Nutzung von Gutachten aus dem Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung bei der Bewertung der medizinischen Notwendigkeit im Sinn des Beihilferechts

Aufwendungen sind nach den beihilferechtlichen Vorgaben nur in notwendigem und angemessenem Umfang beihilfefähig. Der Bayerische Verwaltungsgerechtshof hatte sich im Beschluss vom 14.5.2014, 14 ZB 13.2658, mit der Frage zu befassen, ob im Rahmen der beihilferechtlichen Bewertung der medizinischen Notwendigkeit auch Studien, die vom Gemeinsamen Bundesausschuss in Auftrag gegeben wurde, berücksichtigt werden können. Ein von der Beihilfestelle beauftragter Gutachter hatte in seiner fachlichen Bewertung auf die Studie des Gemeinsamen Bundesausschusses Bezug genommen.

Da nach Auffassung des Bayerischen Verwaltungsgerechtshofs der Begriff der medizinischen Notwendigkeit nach objektiven Maßstäben auszufüllen ist, ist eine Bezugnahme auf Studien und Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses nicht ausgeschlossen, auch wenn der Gemeinsame Bundesausschuss als Beschlussgremium nur im Rahmen des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung tätig wird.

4. Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung

Die 5. Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 18.07.2014 (BGBl. I S. 1154) ist seit 26. Juli 2014 in Kraft. Neben formellen Änderungen zur Verbesserung der Übersichtlichkeit werden Leistungsverbesserungen, die seit dem Inkrafttreten der 4. Änderungsverordnung im Bereich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in Kraft getreten sind, systemkonform auf die Bundesbeihilfeverordnung übertragen. Gleichzeitig werden Änderungen, die sich bei der praktischen Anwendung als notwendig herausgestellt haben, durchgeführt.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

Wolfgang Weigel, Regierungsrat



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.184 Seiten
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Bürger wollen starken Staat – Beamte im Aufwärtstrend](#)

News: [NRW: Einigung über Beamtenbesoldung](#)

News: [Nds.: Schulleitungen kleiner Ganztagschulen werden ab 1. September 2014 entlastet](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Die geistige Eignung des Bewerbers als Ernennungsvoraussetzung](#)

[Der Dienstherr zahlt das Schmerzensgeld](#)

[Aberkennung des Ruhegehalts nach über 40 Jahren](#)



Produktipp

Kathke/Speckbacher
Beamtenrecht
Checklisten, Muster



1.614 Seiten
Loseblattwerk
Stand 59. Aktualisierung
November 2013
wird ca. 2 mal im Jahr aktualisiert
€ 129,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-8360-2

[\[Mehr Info\]](#)

Dargestellt werden die beamtenrechtlichen Vorgänge, die in der täglichen Praxis immer wieder anfallen.

Checklisten zeigen auf, welche rechtlichen Voraussetzungen für eine Entscheidung zu beachten sind. Zahlreiche Muster helfen Ihnen bei der Umsetzung (z. B. Urkunden und andere Verfügungen). Anmerkungen erläutern und verdeutlichen die Muster.



Produktipp

Schwegmann/Buchwald/Kathke

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Für schnelle und detaillierte Antworten auf alle Fragen zum Besoldungsrecht

Das Besoldungsrecht regelt die Bezüge aller Beamten. Dieser unschlagbar detaillierte Praktiker-Kommentar erläutert alle Besoldungsgesetze von Bund und Ländern, sowie ausgewählte wichtige Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften. Im Zuge der Föderalismusreform werden auch alle landesrechtlichen Regelungen zur Besoldung aktuell und umfassend dargestellt.

Schwerpunkt für 2014 wird der weitere Aufbau der Kommentierung der Landesbesoldungsgesetze sein, die das Bundesrecht bereits durch eigenes Landesrecht abgelöst haben. In diesem Bereich ist die Kommentierung zum BayBesG bereits nahezu vollständig.

Ihr Vorteil: Unsere Experten, die in den Ministerien selbst an der Ausarbeitung der besoldungsrechtlichen Vorschriften mitwirken.

9.880 Seiten
Loseblattwerk in 6 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0166-2
€ 299,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)